

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Plenums vom 24.07.2015

Betreff: Resolution gegen ein Zwischenlager in Niederaichbach
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Freie Wähler vom 25.06.2015, Nr. 200
- Dringlichkeitsantrag der Frauen Stadträtinnen Sigi Hagl und Hedwig Borgmann sowie des Herrn Bürgermeisters Dr. Thomas Keyßner vom 12.07.2015, Nr. 213

Referent: Ltd. Rechtsdirektor Harald Hohn

Von den 45 Mitgliedern waren 42 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

mit _____ gegen _____ Stimmen beschlossen (s. Einzelabstimmung):

1. Die Atomaufsichtsbehörde des Freistaates Bayern wird aufgrund der Entscheidungen des OVG Schleswig und des BVerwG Leipzig in Sachen Zwischenlager Brunsbüttel vom Januar 2015 aufgerufen, eine Überprüfung der Betriebsgenehmigung des Zwischenlagers Niederaichbach zu veranlassen, da sich den Entscheidungen zufolge mindestens die Art der Waffen, sowie die Gefahr durch terroristische Angriffe seit dem Genehmigungszeitpunkt erheblich verändert habe.
2. Die Atomaufsichtsbehörde des Landes wird aufgefordert, eingehend zu prüfen, ob durch die nachträgliche Errichtung einer Mauer um das Zwischenlager Niederaichbach keine wesentliche Änderung bzw. eine Verschlechterung des Schutzes eintritt (z.B. bei einem Kerosinbrand).
3. Die sich aus den vorgenannten Entscheidungen ergebenden höheren sicherheitstechnischen Ermittlungs- und Bewertungskriterien sind des Weiteren bei dem atomrechtlichen Verfahren (§ 6 AtomG; wesentliche Änderung?) bezüglich der Einlagerung von Glaskokillen aus Wiederaufbereitungsanlagen, nötigenfalls auch auf dem Rechtsweg, einzufordern.

4. Der Stadtrat der Stadt Landshut spricht sich entschieden gegen die Pläne des Bundesumweltministeriums und der vier großen deutschen Energieversorgungsunternehmen E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall aus, wonach unter anderem am Standort des Kernkraftwerks Isar im Landkreis Landshut sieben bis neun Castoren mit nach Deutschland zurückgeholtem Atommüll zwischengelagert werden sollen. Eine zusätzliche Belastung der Region Landshut mit Atommüll, der aus den Wiederaufbereitungsanlagen in Großbritannien und Frankreich nach Deutschland zurückgeholt wird, ist nicht akzeptabel.

Im seit 2007 betriebenen Standort-Zwischenlager BELLA in Niederaichbach werden noch über Jahrzehnte Brennstäbe aus den beiden Kernkraftwerken Isar I und Isar II gelagert werden. Die Genehmigung zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen im Standort-Zwischenlager BELLA ist ausschließlich auf Brennelemente des Kernkraftwerkes Isar I und II beschränkt. Auch die mit dem Standort-Zwischenlager verbundenen Risiken gehen voll zu Lasten der Menschen in der Region Landshut.

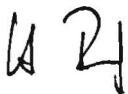
Die Tatsache, dass am Kernkraftwerk Isar ein Standort-Zwischenlager vorhanden ist, darf nicht wie ein Automatismus dazu führen, dass zusätzliche Castor-Behälter, die womöglich Atommüll aus anderen deutschen Kernkraftwerken enthalten, hier zwischengelagert werden.

26:16

5. Der Stadtrat von Landshut erneuert die Resolution vom 30.04.2014 und wendet sich entschieden gegen die Absicht von E.ON, mit dem Abriss von Isar 1 im Reaktorgebäude zu beginnen, während sich noch 1.700 hochradioaktive Brennelemente im Abklingbecken befinden. Der Stadtrat von Landshut fordert das Bayerische Umweltministerium auf, eine Abrissgenehmigung nur unter der Voraussetzung zu erteilen, dass mit dem Rückbau von Anlagenteilen im Reaktorgebäude erst dann begonnen wird, wenn die Brennstofffreiheit erreicht ist.

41 : 1

Landshut, den 24.07.2015
STADT LANDSHUT



Hans Rampf
Oberbürgermeister